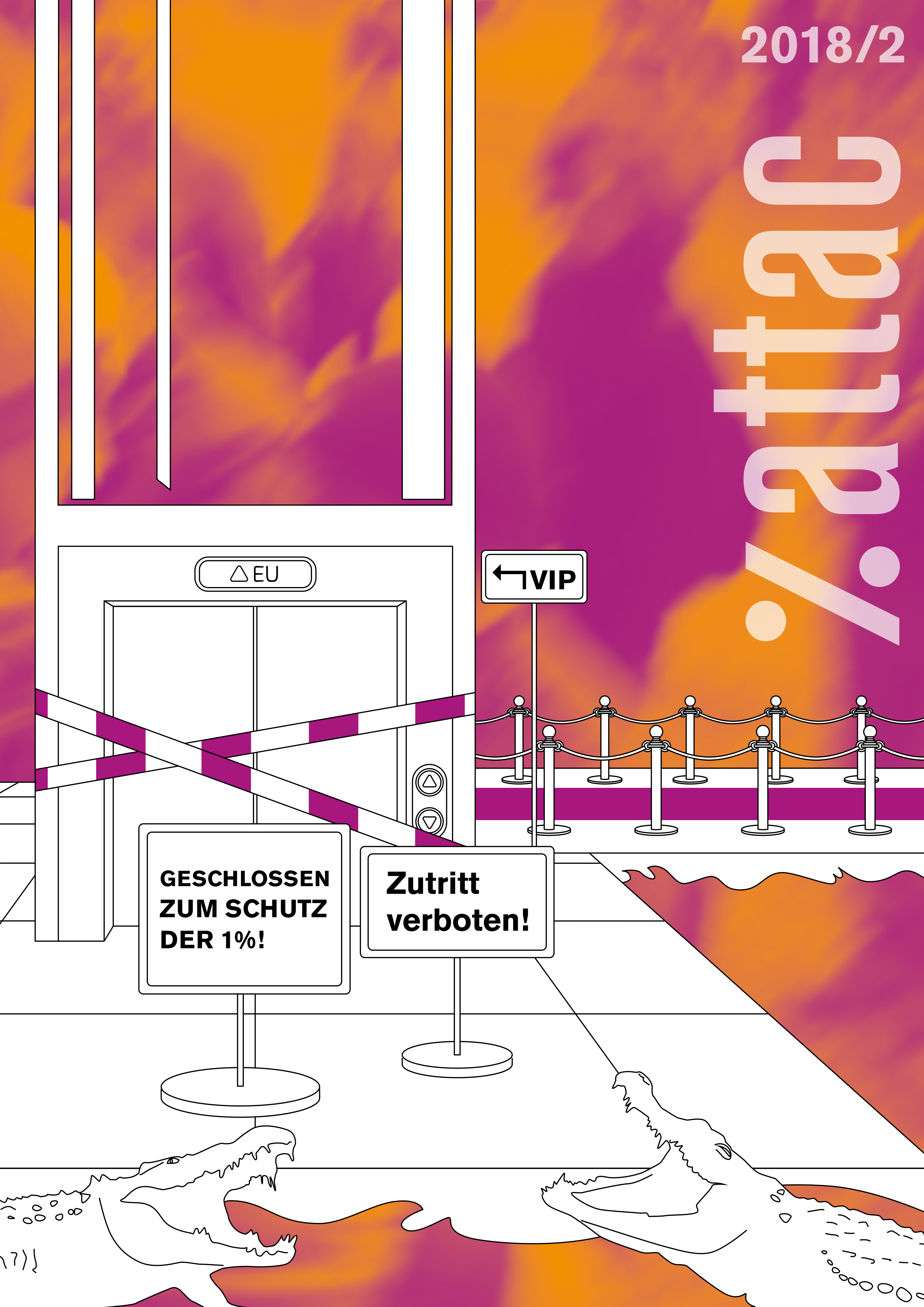
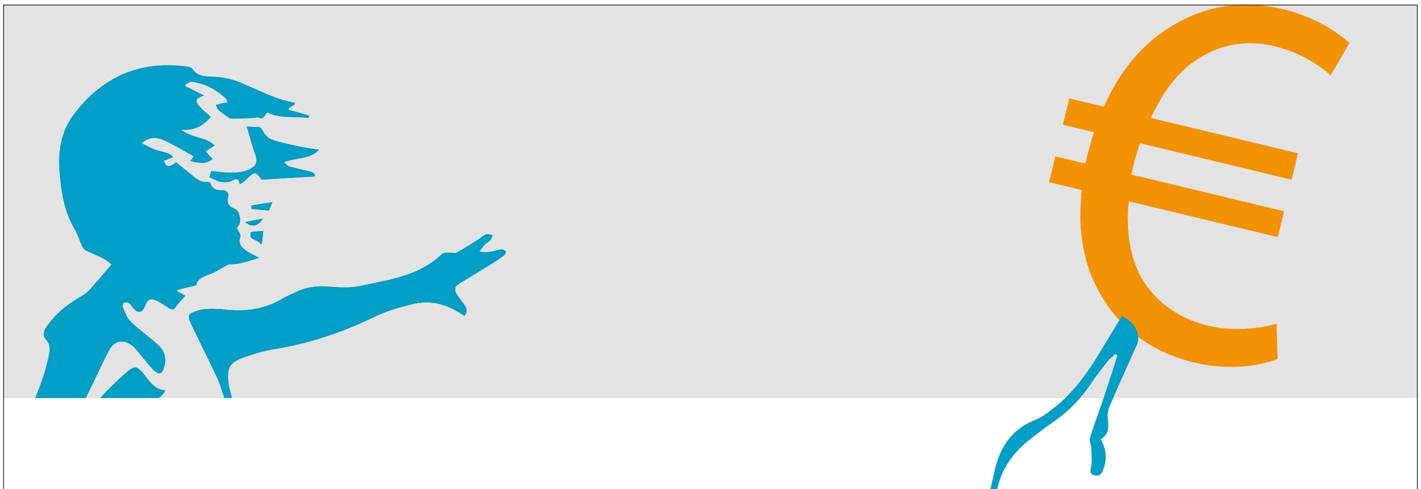
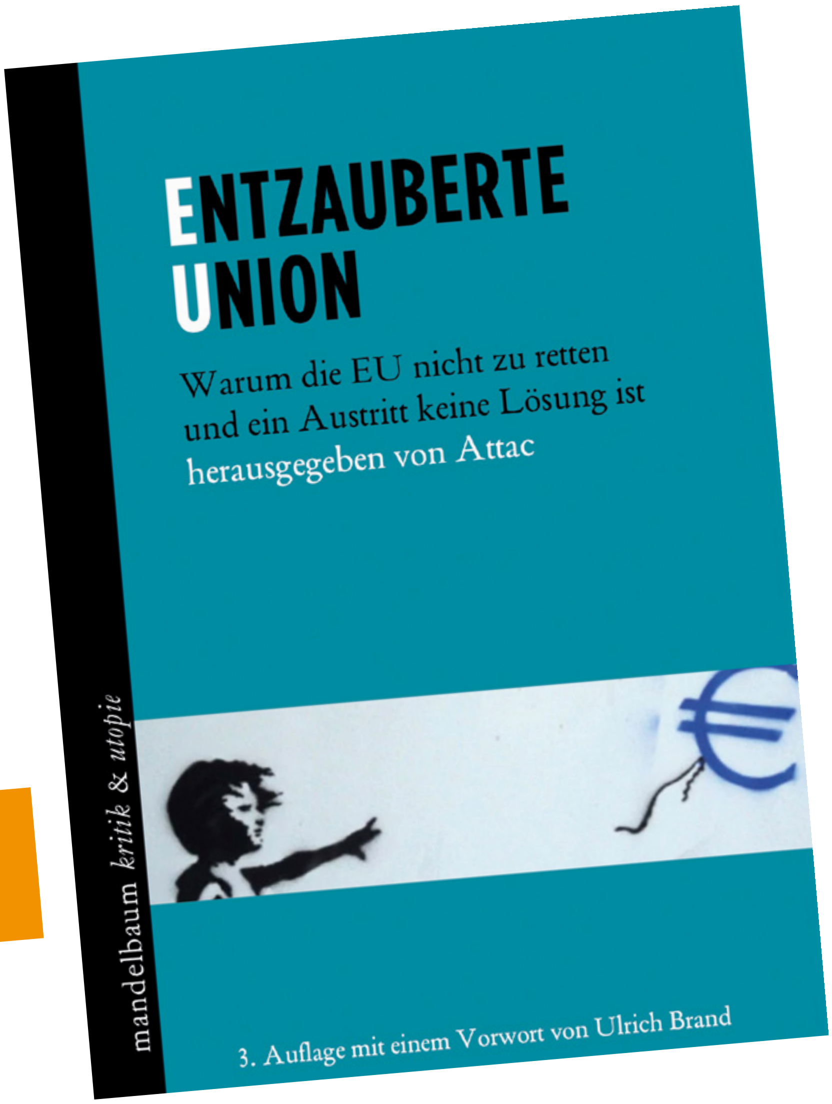

2018/2
attac
EU
VIP
GESCHLOSSEN
ZUM SCHUTZ
DER 1%!
Zutritt
verboten!



Entzauberte Union.

Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist.



3. Auflage (2018) anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft mit einem Vorwort von Ulrich Brand

Rekordarmut in Südeuropa, Militär gegen Flüchtende, der Brexit am Horizont - die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen. Doch hat die EU überhaupt das Potenzial, jenes „soziale und demokratische Europa“ zu werden, das uns seit Jahrzehnten als politisches Idealbild präsentiert wird?

Um Antworten darauf zu finden ist es nötig, viele unserer liebgewonnen EU-Bilder zu entzaubern. Denn in ihrem Kern ist die EU ein Raum verschärfter Konkurrenz – sowohl zwischen den EU-Staaten als auch auf globaler Ebene. Doch wenn die EU nicht zu retten und auch eine Rückkehr zum Nationalstaat keine Lösung ist – was dann?

Hrsg. Attac, erschienen im Mandelbaum Verlag, edition Kritik & Utopie. 250 Seiten. Erhältlich unter www.attac.at/shop sowie im Buchhandel.

inhaltsverzeichnis

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wir stehen mitten in einem heißen politischen Herbst! Anlässlich der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft haben wir zahlreiche Aktionen und inhaltliche Veranstaltungen geplant. Das große Interesse an unserem Buch „Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist" (das mittlerweile schon in 3. Auflage erschienen und nun auch in englischer Übersetzung als E-Book verfügbar ist) zeigt den Wunsch nach Informationen zum Thema abseits von leeren Worthülsen. Auf den folgenden Seiten widmen wir uns der Asyl- und Militärpolitik der EU und berichten über einige unserer bisherigen Aktionen, mit denen wir Kritik und Alternativen aufzeigen. Widerstand öffentlich zu machen war in den vergangenen Monaten notwendiger denn je: unser Dirndl-Protest gegen den 12-Stunden-Tag hat für mediale Aufregung gesorgt, Samb-Attac bereicherte zahlreiche Demonstrationen mit heißen Rhythmen und die Femme Fiscale prangerte die soziale Kälte der neuen Regierung an.

Auch in unserem Widerstand gegen CETA waren wir in der Plattform „Anders Handeln" unermüdlich aktiv. Die neue Regierung wollte das Abkommen ja ruck-zuck durchpeitschen – typisch für den „neuen Stil". Zehntausende Menschen beteiligten sich daraufhin an einer Petition an den Bundespräsidenten, mit dem Ergebnis, dass er CETA einstweilen nicht unterschreiben wird.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt beschert uns ein trauriges Jubiläum: 10 Jahre Pleite von Lehman Brothers. Was hat sich in einer Dekade Finanzkrise alles getan? Die kurze Antwort lautet: Banken wurden gerettet, und wir haben dafür bezahlt. Eine ausführliche Analyse findet sich auf Seite 9 in diesem Magazin und natürlich stets aktuell auf unserer Website: www.attac.at

Allen Menschen, die sich intensiver mit den Attac-Themen auseinandersetzen möchten, legen wir unsere Lehrgänge ans Herz, die im Herbst in Graz, Salzburg und Wien starten. Workshops, Diskussionsabende und Vortragsreihen sowie eine Ringvorlesung an der Universität Wien zum Thema EU runden das Attac-Bildungsangebot ab (www.attac.at/lehrgaenge). Wir freuen uns auf viele wissbegierige und interessierte TeilnehmerInnen!

Eine anregende Lektüre
wünscht das Vorstandsteam
von Attac Österreich

Impressum
Attac Österreich Magazin 2018/2

Attac Österreich
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Fax: 01/544 00 59
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500
BIC: GIBAATWWXXX

Grafik:
Walerie Borowski, Wolfgang Homola, Anne Lange, Julia Löw, Klara Tolnai
Druck: gugler* print, Auflage: 4.700 Stück
Für den Inhalt verantwortlich:
Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben):
Attac Österreich
Inseratenakquisition:
Monika Stadler
Redaktion:
Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger, David Walch
Gesamtkoordination:
Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Wien, Oktober 2018

österreichs EU-ratspräsidentschaft



Anlässlich des informellen Rats der EU-VerteidigungsministerInnen stellten wir uns gegen die neue EU-Militärpolitik, die Krieg und Rüstungsindustrie fördert.

von Lisa Mittendrein

Seit 1. Juli hat Österreich die EU-Ratspräsidentschaft inne – mit dem offiziellen Motto „Ein Europa, das schützt“. Die österreichische Regierung und die europäischen Eliten lassen keinen Zweifel daran, was sie mit dem Slogan meinen. In ihrer mächtigen Inszenierung bedrohen Geflüchtete und MuslimInnen den angeblich guten europäischen Normalzustand.

Doch die Politik der Regierung und der EU schützt uns nicht – im Gegenteil. Sie bedroht das Leben von Menschen in Not, die immer gefährlichere Routen auf sich nehmen um Krieg und Verfolgung zu entkommen. Über Kürzungsprogramme und die Aufweichung des Arbeitsrechts bedrohen sie unsere Sicherheit im Alter und die Zeit, die wir füreinander haben. Und mit ihrer Handels-, Agrar- und Klimapolitik ignorieren sie die Klimakrise und bedrohen so unser aller Zukunft.

Der Schutz, den die EU und Kurz versprechen, gilt für immer kleiner werdende Teile der Gesellschaft. Im Schatten der angeblichen Bedrohung durch Geflüchtete und MuslimInnen schützen sie jene, in deren Interesse sie eigentlich Politik machen. Sie retten Banken und schützen EigentümerInnen und GläubigerInnen vor Verlusten. Und sie schützen die Interessen europäischer Konzerne in der Welt, die mit Hilfe der EU-Politik noch mehr Profite durch Ausbeutung und Umweltzerstörung generieren.

Die österreichische Ratspräsidentschaft und die Kritik an der herrschenden EU-Politik sind einer der Attac-Schwerpunkte 2018. Mit vielfältigen Aktionen haben wir bereits in den ersten Monaten auf unsere Positionen und Alternativen aufmerksam gemacht.



Attac Linz und das Bündis „Linz gegen Rechts“ begrüßten die EU-EnergieministerInnen mit einer klaren Botschaft: Politik für Mensch und Umwelt statt ein Europa der Konzerne.



Zum Besuch der europäischen Kommission in Wien machten wir darauf aufmerksam, wen die EU-Politik eigentlich schützt: Nicht uns, nicht Menschenrechte, Umwelt oder Demokratie, sondern nur das 1 %.

asylpolitik in der EU – zwiespältig oder einfach nur gemein?

von Ralph Guth

Die EU spielt im Asylrecht und der Flüchtlingspolitik eine oft versteckte Rolle. Denn in der Rhetorik nationaler PolitikerInnen wird Asylpolitik zwar gerne als die zentrale innenpolitische Frage dargestellt – der Großteil der grundlegenden Regeln wird aber von der EU vorgegeben. Frontex, militarisierte Außengrenzen, Deals mit autoritären Staaten – die EU ist um Abschottung bemüht. Das kostet seit Jahren fast täglich Menschenleben. Mit den Dublin-Verordnungen und der Grenzschutzagentur Frontex hat die EU ein Regime errichtet, das Menschen um (fast) jeden Preis vor der EU-Außengrenze aufhalten soll. Diese Politik verschärft sie kontinuierlich mit fragwürdigen und oft menschenrechtswidrigen Maßnahmen.

Nach innen gibt die EU hingegen Regeln vor, wie mit Geflüchteten umzugehen ist, welche Rechte sie haben und welche Mindestnormen einzuhalten sind. Ohne diese Regeln wäre etwa das österreichische Asylrecht noch gemeiner als es ohnehin schon ist. 2013 hat die EU wichtige Richtlinien erlassen, etwa die Statusrichtlinie, die zentrale Verfahrensgarantien verankert.

Die Asylpolitik der Mitgliedsstaaten: eine moralische Bankrotterklärung

Mittlerweile ist die nationale Politik in fast allen Ländern so weit nach rechts gerückt, dass Menschenrechte und moralische Grundwerte offen zur Disposition stehen. Es wird darüber diskutiert, ob man Menschen in Seenot überhaupt helfen soll – was nicht nur internationalem Recht widerspricht, sondern in erster Linie eine moralische Bankrotterklärung ist. Die meisten Mitgliedsstaaten verschärfen derzeit ihr nationales Asylrecht. Etwa Frankreich, wo Präsident Macron eine Verschärfung auf den Weg gebracht hat, die auch vom rechtsextremen Front National stammen könnte: Es soll möglich werden Menschen abzuschieben, noch bevor die zweite Instanz über ihr Verfahren geurteilt hat; die Schubhaft wird auf bis zu 90 Tage ausgedehnt und kann auch über Kinder verhängt werden.

Die österreichische Asylpolitik: einfach nur niederträchtig

Und Österreich so? Hier ist das Asylrecht längst eine Ansammlung aus Gemeinheiten, Schikanen und Menschenverachtung. Das Innenministerium kann bestimmen, wo Asylwerber zu wohnen haben – so kommt es nicht selten vor, dass in Wien Lebende nach Tirol umziehen müssen. Werden Geflüchtete auch nur verdächtigt eine Straftat begangen zu haben, kann ein Verfahren zur Asylaberkennung eingeleitet werden – die Unschuldsvermutung gilt wohl nicht für sie. Subsidiär Schutzberechtigten soll dieser Schutz wieder aberkannt werden: Afghanistan sei nun sicher, heißt es. Die Dürre in Somalia sei vorbei, denn es habe jetzt ja geregnet, heißt es. Seit 1. September 2018 kann AsylwerberInnen nun Bargeld in der Höhe von 840,– abgenommen werden, einfach so. Auch ihr Handy soll abgenommen und durchsucht werden dürfen.

Uns sollte klar sein, was hier passiert: Einer Gruppe von Menschen werden die fundamentalsten Menschenrechte genommen: Bewegungsfreiheit, Privatsphäre, Eigentumsrecht, Unschuldsvermutung, um nur einige zu nennen. Wenn das geht und sich kein Widerstand regt, dann wird das nicht auf diese eine Gruppe beschränkt bleiben.



EU-militärpolitik mit karacho

von Thomas Roithner

Das Prinzip gilt für unterschiedliche Politikbereiche der EU. Es stammt von Jean-Claude Juncker, steckt aber nicht nur in seiner Trickkiste: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt“, so Juncker. In der Militär- und Sicherheitspolitik klappt das gerade recht gut.

Nach Beschluss der EU-Globalstrategie erklärte Federica Mogherini, dass „in den letzten zehn Monaten mehr erreicht wurde als in den letzten zehn Jahren.“ Es läuft tatsächlich mit Karacho. Der Brexit macht’s möglich und Donald Trump offenbar nötig. Neue militärische Muskeln für die EU gibt es auf mehrerlei Fronten.

Erstens, effektivere EU-Auslandseinsätze. Vor knapp einem Jahr wurde die ständige Militärzusammenarbeit (PESCO) beschlossen, die auch eine Verpflichtung zur Aufstockung der Rüstungsbudgets samt 17 Militärprojekten enthält. Neu sind auch militärtaugliche EU-Verkehrswege für 6,5 Milliarden. Unter dem Begriff „European Peace Facility“ sollen Militäreinsätze externer Akteure mit 10,5 Milliarden Euro unterstützt werden. Für die EU-„battle groups“ gibt es nun eine Finanzierungserleichterung. Frontex wird budgetär fast verdreifacht.

Zweitens sind mehr Waffen und mehr Rüstung ein gemeinsamer Nenner. Der EU Defence Fund (EDF) hat 13 Milliarden Euro im Anschlag, und die Mitgliedsstaaten sollen auf rund 50 Milliarden Euro aufstocken. Ziel ist ein neues Kampfflugzeug, ein neuer Kampfpanzer und eine Euro-Drohne ist hoch im Kurs. Damit bei der Rüstung niemand bummelt – dass es nach Juncker „kein Zurück mehr gibt“ – wird der Rückwärtsgang ausgebaut und ein neuer Überprüfungsmechanismus eingebaut. Premiere und rechtlich umstritten ist, dass es im kommenden EU-Haushalt also ein eigenes Rüstungsbudget gibt. Die EU biegt Richtung Militärunion ab. Das neutrale Österreich gibt in der EU-Militärpolitik oft den Vorzugsschüler und für die heimische Armee gibt es mehr Mittel und Zuständigkeiten.

Zu Junckers „Geschrei“: Bei einigen Staaten klingen die Kassen der Rüstungsindustrie, besonders in Deutschland und Frankreich. Andere lassen die Korken knallen, weil sich mehr Instrumente der Migrationspolitik im Kleid des Militärs zeigen und militarisiert werden. Auch die Forschung darf großzügiger denn je in die Rüstungstöpfe greifen. Der Ruf nach „mehr EU“ ist heute automatisch auch ein Ruf nach „mehr Militär“ und „mehr Rüstung“. Personelle und finanzielle Möglichkeiten für die zivile Krisenprävention, Abrüstung oder Versöhnungsprozesse bleiben im Rahmen der EU-Auslandseinsätze im Schatten. Friedensmacht schaut anders aus.

Thomas Roithner ist Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien, 2018 erschien sein Buch „Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr. Krieg und Frieden am Globus, in Europa und Österreich“, www.thomasroithner.at



„apple, zahl deine steuern!“ apple eröffnet – attac protestiert

von David Walch

Mit einer Protestaktion bei der Eröffnung des ersten Apple-Stores in Österreich haben wir im Februar auf die skandalöse Steuerpolitik des Konzerns aufmerksam gemacht. Apple zahlte 2014 EU-weit nur 0,005 Prozent an Steuern in Europa und in Summe mindestens 13 Milliarden Euro zu wenig. Möglich ist das durch die trickreiche Abwicklung der Geschäfte über Irland.

Ebenfalls im Februar entschied ein Gericht in Frankreich, dass Attac dort weiterhin straffrei in Apple Stores gegen Steuertricks des Konzerns demonstrieren darf. Apples Versuch, ein dreijähriges Hausverbot für Attac-AktivistInnen durchsetzen und Attac Frankreich bei Zuwiderhandlung eine Strafzahlung von 150.000 Euro aufzuerlegen, war somit gescheitert. Apple musste 2000 Euro Prozesskosten an Attac Frankreich bezahlen.

steuertrickser beraten die EU-politik

von David Walch

Die vier größten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften mischen in der Politik gegen Steuervermeidung kräftig mit – und das, obwohl sie zugleich massiv in die Entwicklung und den Verkauf von Steuervermeidungsmodellen für multinationale Konzerne verwickelt sind.

Sie sitzen in Beratungsgruppen der EU-Kommission, welche die Bekämpfung der Steuervermeidung zum Thema haben. Sie erhalten von der EU-Kommission jährlich Aufträge in Millionenhöhe für Studien und Analysen im Bereich der Steuerpolitik. Sie haben leitende Funktionen in den zentralen Lobbyverbänden inne und wechseln rege die Seiten zwischen Privatwirtschaft und Verwaltung: Den sogenannten „Big Four“ – Deloitte, Ernst & Young (EY), KPMG und PricewaterhouseCoopers (PwC) – wird von der Politik eine enorme Rolle bei der Mitgestaltung der Steuerpolitik zugestanden. Die EU-Kommission hat beispielsweise 2016 für ihre Expertise 105 Millionen Euro ausgegeben. Doch spätestens seit „Luxleaks“ und weiteren Steuerskandalen ist klar, dass die großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften selbst massiv in Steuerskandale verwickelt sind.

Die häufigen beruflichen Seitenwechsel zwischen den Big Four und den mit Steuerpolitik betrauten EU-Beamten schaffen ein gemeinsames Werteverständnis. Dies verursacht somit einen massiven Interessenskonflikt. Die Politik sollte die „Big Four“ von der Gestaltung der Steuerpolitik fernhalten.

Alle Infos zum Bericht der Brüsseler NGO Corporate Europe Observatory (CEO): www.corporateeurope.org/BigFourTax



© Max Herlitschka

Podiumsdiskussion „Rechtsruck – Österreich, EU, überall?“ mit Lukas Oberndorfer, Elena Gerebizza, Julianna Fehlinger (Moderation), Lisa Mittendrein und Thomas Roithner (v. l. n. r.)

widerstand zur rechten zeit

die attac sommerakademie 2018

von Rainer Hackauf



© Max Herlitschka

Düstere Zeiten. Das war der Gedanke, der sich zu Beginn der diesjährigen Attac-Sommerakademie (SoAk) in Graz bei vielen der rund 300 TeilnehmerInnen breitmachte. Von Optimismus in den vielfältigen Einschätzungen und Analysen war zunächst nicht viel zu spüren. Denn die schwarz-blaue Regierung zögert nicht, das umzusetzen, was sie auch angekündigt hat: Politik zugunsten der Konzerne und der oberen 5 Prozent.

Wir sind mitten drin in einer autoritären Wende …

Konkret bedeutet das nicht nur einen Kahlschlag bei Förderungen für kritische Initiativen, im Fokus stehen vor allem auch Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich. Und damit eine stärkere Umverteilung von uns unten nach oben. Schwarzblau hat aber weiter gehende Pläne – mit der autoritären Wende wird das politische System grundlegend umgebaut. Die ohnehin unzulänglichen Elemente der Mitbestimmung durch BetriebsrätInnen, AK und Gewerkschaften sollen geschwächt werden, um neoliberale Kräfteverhältnisse zu zementieren. Zur Ablenkung von all dem dient ein immer stärker werdender, vor allem antimuslimischer Rassismus, der durch Kurz & Co. ganz gezielt eingesetzt wird. Und die EU? Hilfe ist auch von ihr nicht in Sicht. Im Gegenteil.

Wie kommen wir da raus?

Die Frage, die sich aufdrängt, lautet: Wie kommen wir aus diesen Zeiten wieder raus? Mit einem Strategietag zum Abschluss der SoAk wurden Konzepte, möglichst konkrete Ziele und erste Schritte ins Zentrum gerückt. Denn diese haben wir bitter nötig.

Blenden wir den Ist-Zustand kurz aus; schreiben wir lieber das Jahr 2030. Österreich hat gerade gewählt und eine neuartige Koalition, unterstützt von vielfältigen KandidatInnen aus der Zivilgesellschaft, stellt die Bundesregierung. Wie konnte es soweit kommen? Schon mehr als 10 Jahre zuvor wurden die Grundsteine für eine erfolgreiche Soziale Bewegung geschaffen, die nunmehr auch auf die etablierten demokratischen Institutionen ausstrahlt. Noch spürbarer ist das neue Kräfteverhältnis im Alltag: in Stadtteilversammlungen werden Entscheidungen von den Betroffenen gemeinsam getroffen; die erste Bürgermeisterin mit Kopftuch hat gerade ihr Amt angetreten; öffentliche Aufträge werden nur noch an selbstverwaltete Betriebe vergeben; die Rekommunalisierung von Grund und Boden für den sozialen Wohnbau führt wieder zu günstigen Mieten; neoliberale Handelsverträge werden Schritt für Schritt durch solche mit sozialökologischen Mindeststandards ersetzt …

Klingt utopisch? Muss es aber nicht sein! Schritte in diese Richtung werden anderswo auf der Welt gerade gemacht, wie wir in diversen Workshops erfuhren. Und so ist der Teilerfolg gegen die Ratifizierung von CETA, von dem wir auf der SoAk erfuhren, aus der Rückschau 2030 vielleicht ein erster kleiner Schritt hin zu einem guten Leben für alle gewesen. Denn jede Veränderung beginnt mit einem ersten Schritt.

zehn jahre nach lehman

damals standen wir am abgrund, heute sind wir einen schritt weiter



Attac-Protest bei der Eröffnung der Zentrale der Bank Austria am 14. September 2018

von FinanzAttac

Am 15. September jährt sich die Pleite von Lehman Brothers zum zehnten Mal. Der Kollaps der Bank löste eine globale Kettenreaktion aus, die auch als dritte Weltwirtschaftskrise klassifiziert wird. Der öffentlichen Empörung über die krisenverursachenden spekulativen Praktiken folgten große politische Versprechen. „Man muss das ganze weltweite Finanz- und Währungssystem von Grund auf neu aufbauen. Der Markt, der immer recht hat, das ist vorbei!“, erklärte etwa der französische Präsident Nicolas Sarkozy im September 2008.

Tatsächlich gab es nach 2008 nur kleine Schritte hin zu einer stärkeren Regulierung, die mittlerweile schon vielfach wieder zurückgenommen worden sind. Die geplante Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken, die Regulierung von Schattenbanken oder die Finanztransaktionssteuer wurden erfolgreich von den LobbyistInnen der Finanzindustrie verhindert. In Österreich sind Maßnahmen wie die „Liberalisierung des Kapitalmarktes“ oder die „Förderung privater Vorsorge“ – also die Ursachen der Krise – sogar im aktuellen Regierungsprogramm festgeschrieben.

Enge Verflechtungen zwischen Finanzsektor und Politik

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist die enge personelle und materielle Verflechtung zwischen Finanzsektor und Politik. In den USA ist der Finanzsektor der wichtigste Sponsor der Kampagnen beider Parteien. In Europa geben LobbyistInnen der Finanzbranche 90 Prozent der Gesetze vor, die den Sektor regulieren sollen. Dementsprechend werden die Interessen der Mehrheit der Gesellschaft so gut wie gar nicht berücksichtigt.

„Alle Finanzkrisen der jüngeren Geschichte sind dadurch entstanden, dass eine wirtschaftliche Elite zu viel Macht bekam. Die wichtigste Lehre aus der Krise sollte sein, dass wir Banken keinen großen politischen Einfluss mehr geben dürfen. Wir müssen die Macht der Wall Street brechen“, erklärte Ex-IWF Chef Simon Johnson 2010 – heute sind die Banken durch Fusionen aber noch größer, vernetzter und politisch einflussreicher als 2008. Von einer Lösung des „Too-big-to-fail“-Problems sind wir weiter entfernt denn je. Die Aktienkurse sind zuletzt stärker gestiegen als in den Jahren vor der Krise, die Vermögenskonzentration ist höher als 2008. Der Einfluss von Versicherern, Banken, Pensions-, Aktien-, Investment-, Hedgefonds auf elementare Märkte für Nahrungsmittel, Rohstoffe, Energie und Währungen bis hin zum Gesundheitswesen nimmt weiter zu.

Finanzmärkte und ihre AkteurInnen destabilisieren nicht nur die gesamte Weltwirtschaft, sondern setzen auch vielerorts die Demokratie außer Kraft. Die Politik unterwirft sich der Logik der Finanzmärkte und lässt sich (allzu gern) in der politischen Souveränität einschränken, wie die letzten zehn Jahre nur zu deutlich gezeigt haben. Umso dringender müssen wir als Zivilgesellschaft uns organisieren und ein Gegengewicht zu der von der Finanzbranche gekaperten Politik sein.

der 12-stunden-tag betrifft uns alle!

rede von attac-sprecherin lisa mittendrein auf der demonstration gegen den 12-stunden-tag am 30. Juni 2018

Ich will nicht 12 Stunden arbeiten müssen! Wir wollen nicht 12 Stunden arbeiten müssen! Und deshalb sind wir heute hier. Wir wollen nicht unsere Gesundheit zerstören und unsere Freizeit verlieren. Wir wollen Zeit für unsere Familien haben und Zeit um zu leben!

Der 12-Stunden-Tag ist nicht der Anfang und er ist nicht das Ende. Denn diese Regierung ist dabei, unsere Gesellschaft radikal umzubauen. Das geht so schnell, dass wir kaum mehr mitkommen: Diese Regierung kürzt die Mindestsicherung, und gleich darauf beschließt sie CETA. Diese Regierung beschließt Steuergeschenke für reiche Familien, und gleich darauf baut sie den Überwachungsstaat aus. Diese Regierung opfert unser Klima den Konzernprofiten, und gleich darauf stellt sie Mädchen, die Kopftuch tragen, als angebliche Gefahr dar. Tag für Tag baut diese Regierung Österreich im Interesse von Reichen und Konzernen um!

Um damit durchzukommen versuchen sie, uns gegeneinander auszuspielen. Sie tun so, als wäre der zentrale Konflikt heute zwischen Menschen verschiedenen Glaubens oder verschiedener Herkunft. Sagen wir klar und deutlich: Das ist falsch. Hier steht unser aller Leben gegen die Profite von Herrn Kapsch (Präsident der Industriellenvereinigung, Anm.) und seinen Freunden. Wir müssen und werden uns dieser Politik mit aller Kraft entgegenstellen.

Aber lasst uns dabei nicht stehen bleiben. Denn wenn alles so bleibt wie es ist, ist es trotzdem noch nicht gut. Lasst uns gemeinsam nicht nur gegen den 12-Stunden-Tag kämpfen. Sondern lasst uns unsere Kräfte für eine neue Zukunft bündeln. Eine Zukunft, in der wir nicht 60, nicht 40, sondern erst mal nur 30 Stunden arbeiten. Eine Zukunft, in der alle Menschen gut leben können, egal woher sie kommen und woran sie glauben. Eine Zukunft, in der nicht Profite, sondern menschliche Bedürfnisse und der Schutz unserer Lebensgrundlagen im Zentrum stehen. (...) Auf dem Weg dorthin brauchen wir vor allem eines: Solidarität. Solidarität abseits unserer Unterschiede.

Der 12-Stunden-Tag betrifft uns alle. Der Umbau, den diese Regierung vorhat, betrifft uns alle. Und trotz unserer Unterschiede muss uns klar sein, dass wir auf derselben Seite stehen. Denn uns alle, egal wo wir arbeiten und wo wir herkommen, verbindet viel mehr als uns trennt. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen. Lasst uns solidarisch sein. Lasst uns trotz und wegen unserer Unterschiede zusammenstehen. Dann werden wir gewinnen.



ÖGB / Sebastian Philipp

solidaritätspakt: wer morgen in einer demokratie aufwachen will, muss jetzt aktiv werden!



Attac-Aktivistinnen lüfteten bei der PR-Wanderung von Bundeskanzler Kurz Ende Juli ihre Dirndl-Schürzen und protestierten medienwirksam gegen den 12-Stunden-Tag.

von Alexandra Strickner

Im Solidaritätspakt* treten verschiedene Organisationen und Initiativen gemeinsam ein für den Erhalt und Ausbau von demokratischen Freiheiten, Grundrechten, Rechtsstaat, ArbeitnehmerInnenrechten und sozialer Sicherheit. Der Pakt ist vor allem ein Kommunikations- und Vernetzungsraum, in dem wir uns einen Überblick über die vielfältigen Angriffe auf diese Errungenschaften verschaffen und über Handlungsmöglichkeiten und Ideen des kreativen Widerstands austauschen.

Anfang 2018 war für viele bereits klar, welche politischen Maßnahmen und Strategien die Regierung verfolgt. Die rasche Verabschiedung des Überwachungspakets gehörte genauso dazu wie die Kürzungen von Förderungen – bis zu 100 % für Frauenorganisationen und feministische Bildungsvereine oder kritische NGOs in der Entwicklungspolitik! Auch die Kürzung der Mindestsicherung, die zunehmende Aushöhlung des Asylrechts oder geplante Verschärfungen für Arbeitslose (Stichwort Abschaffung der Notstandshilfe) waren damals schon bekannt. Der Umbau des ORF in Richtung eines Regierungsfunks ist auch Teil dieser Agenda – unerwartet war für manche, mit welcher Geschwindigkeit dieses Thema angegangen wurde: Rund fünf Monate nach Angelobung der neuen Regierung war der Stiftungsrat bereits umgebaut; seitdem ist Norbert Steger Vorsitzender des Stiftungsrates. Bereits Anfang 2019 will die Regierung das Österreichische Rundfunkgesetz geändert haben.

Was Anfang des Jahres noch nicht sichtbar war, ist die Missachtung des Parlaments durch die neue Regierung beziehungsweise die Abkehr oder massive Verkürzung von bisher üblichen parlamentarischen Prozessen, in denen sich zivilgesellschaftliche Organisationen und die Oppositionsparteien einbringen konnten. Die Art und Weise, wie die Regierung den 12-Stunden-Tag durchgesetzt hat, ist ein prominentes Beispiel dafür. Eine neue Facette kam über den Sommer hinzu: Das Umweltministerium hat seine Stellungnahme zum Standortgesetz der Regierung übermittelt, aber nicht öffentlich gemacht. Bisherige Praxis war, dass alle Ministerien ihre Stellungnahmen zu Gesetzen veröffentlicht haben.

All diese Angriffe zeigen, wie wichtig es ist, sich gemeinsam Strategien zu überlegen und auch über das eigene Themenfeld hinaus Kampagnen zu unterstützen. Der Widerstand organisiert sich – langsam, aber sicher. Die breite Beteiligung und Mobilisierung für die Demonstration gegen den 12-Stunden-Tag, der „Dirndl-Protest“, die internationale Kritik an der österreichischen Asylpraxis bei homosexuellen Asylsuchenden und der Widerstand der Unternehmen gegen die Abschiebung von AsylwerberInnen, die eine Lehre machen, sind nur einige Beispiele dafür. Mehr denn je brauchen wir Räume der Vernetzung, des Austausches, Kreativität für neue Strategien des Widerstands – und einen langen Atem.

** Der Solidaritätspakt wurde Ende 2017 initiiert von: Attac, epicenter.works, GLOBAL 2000, Greenpeace, KAB, ÖBV, SOS Mitmensch, Südwind, Verband Freier Radios Österreich, Gewerkschaft vida, Volkshilfe und Plattform 20000 Frauen. www.solidaritaetspakt.org*



Christopher Glanzl / GLOBAL 2000

CETA – Sie fallen um, wir stehen auf! Aktion am 13. Juni 2018

anders handeln: CETA vorerst gestoppt

von Alexandra Strickner

Am 12. März 2018 stellten die InitiatorInnen und UnterstützerInnen die Plattform „Anders Handeln. Globalisierung gerecht gestalten" der Öffentlichkeit vor. Entlang von vier zentralen Punkten – Menschen vor Profite, Gute Arbeit für Alle überall, Gemeinsam organisieren was lebenswichtig ist und Gutes Essen und gutes Klima für Alle – haben wir sichtbar gemacht, wohin die Reise gehen soll. Wir wollen eine demokratische, solidarische und ökologische Handels- und Investitionspolitik, die im Interesse von Mensch und Natur steht und nicht auf einer „Mein Land zuerst" oder einer „Exportweltmeister"-Ansage beruht. Die Handelspolitik der EU hat mit unseren Zielen leider genauso wenig zu tun wie jene von Donald Trump. Die aktuellen Entwicklungen rund um weitere Liberalisierungen des Handels zwischen der EU und den USA haben klar gezeigt, dass die politisch Verantwortlichen auf beiden Seiten des Atlantiks nur eines im Sinn haben: die Handelsspielregeln ganz im Sinne ihrer Konzerne zu verändern. Die EU tut alles um die Exportbedingungen für Autokonzerne der EU zu verbessern. Auch der Ausbau fossiler Infrastruktur um US-amerikanisches Flüssiggas, das aus Fracking gewonnen wird, gehört dazu. In einem der heißesten Sommer seit es Wetteraufzeichnungen gibt zeigt das einmal mehr, wie wenig sich die EU Kommission darum schert, eine ernsthafte Klimapolitik zu machen. Diese Zusammenhänge sichtbar und verstehbar zu machen sowie Alternativen dazu aufzuzeigen, wird Teil unserer Arbeit in den nächsten Monaten sein.

Gleich nach dem Start der Plattform ging es darum, den Widerstand gegen CETA zu organisieren. Die aktuelle Regierung wollte keine Zeit verlieren und noch vor dem Start der Ratspräsidentschaft das CETA-Abkommen ratifizieren. Die FPÖ hat dabei ihr wahres Gesicht gezeigt: war sie vor der Wahl noch gegen CETA und wollte eine Volksabstimmung, konnte es ihr jetzt gar nicht schnell genug gehen, CETA gemeinsam mit der ÖVP durch das Parlament zu winken. Damit wurde sichtbar, was die FPÖ im Kern immer schon war: eine Partei der Wirtschaftsinteressen. Aber noch ist CETA in Österreich nicht ratifiziert! Die Petition an den Bundespräsidenten, CETA nicht zu unterschreiben, solange der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Frage klärt, ob Sonderklagerechte für Konzerne überhaupt mit EU-Recht kompatibel sind, ist ein Erfolg für die CETA-Stoppen-Bewegung.

Unabhängig von der Entscheidung des EuGH ist für uns klar: Der Widerstand gegen Sonderklagerechte für Konzerne geht weiter. Wir wollen diese Privilegien für Konzerne nicht! Wir brauchen keine Sonderrechte für Konzerne, sondern verbindliche und rechtlich durchsetzbare Regeln für Konzerne, damit wir sie für ihre Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung der Natur zur Verantwortung ziehen können.

Alle Informationen unter:
www.anders-handeln.at



Matthias Rücker

Pressekonferenz zum Start von „Anders Handeln. Globalisierung gerecht gestalten"

der unerhörte prophet

der sozio-ökonom egon matzner wäre heuer 80 geworden

von Gabriele Matzner-Holzer

Der frühe Tod Egon Matzners vor 15 Jahren rief bei vielen Menschen in Österreich und im Ausland großes Bedauern hervor. Der Schriftsteller Karl-Markus Gauß etwa würdigte ihn als einen „witzigen und unbestechlichen, originellen und in aller analytischen Schärfe doch so einfühlsamen Menschen".

Matzners Wirken und seine Interessen wie auch seine wissenschaftlichen, politischen und persönlichen Kontakte und Kooperationen im In- und Ausland waren jedenfalls außerordentlich vielfältig, interdisziplinär, bevor das Wort in Mode kam. Dabei verleugnete er nie, was ihn antrieb: die Empörung und Sorge über Ungerechtigkeiten, soziale, wirtschaftliche, politische, und das Bestreben, die Welt zu verstehen, um einen Beitrag zu ihrer Verbesserung leisten zu können. Das tat er nicht nur als Wissenschaftler, an der TU-Wien und zeitweise am Berliner WZB und in anderen Städten im Ausland, sondern auch als Autor, Diskutant, politischer Aktivist, beispielsweise als Co-Verantwortlicher für das SPÖ-Parteiprogramm 1978 (das letzte, das diese Bezeichnung verdient).

Die Palette seiner Themen war außerordentlich breit und sehr früh schon warnte er vor dem „Exodus nach rechts" der Sozialdemokraten angesichts des Siegeszugs des Marktfundamentalismus und des Endes der Systemkonkurrenz mit dem von ihm natürlich begrüßten Fall des Eisernen Vorhangs.

In den letzten Monaten vor seinem Ableben 2003 beschäftigte er sich besonders intensiv unter anderem mit:

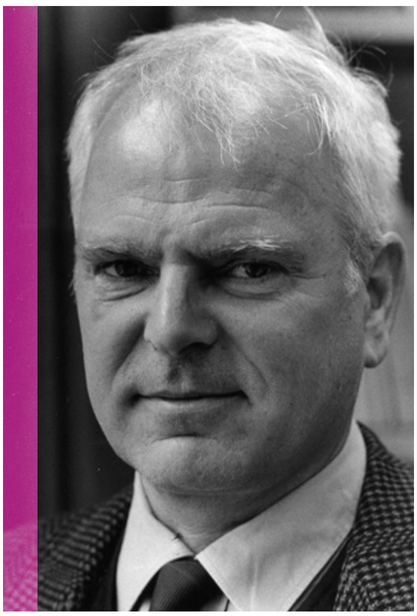
- den absehbaren schädlichen wirtschaftlichen und politischen Folgen der an den Maastricht-Kriterien orientierten EU-Austeritätspolitik;
- dem Treiben auf den de-regulierten Finanzmärkten, die er als „schlafenden Vulkan" bezeichnete;
- der ungebremsten Privatisierung der „res publica" und einem Plan einer „Agenda" für eine „globale res publica";
- dem Rückschritt in die Barbarei, als die er den US-geführten Irak-Krieg ansah.

In seinem vermutlich letzten E-Mail an seinen Lehrer Kurt Rothschild meinte Matzner besorgt: „Aufruhr wird wieder berechtigt".

2018 wäre er 80 Jahre alt geworden. Seit seinem Tod sind einige ihm gewidmete Werke erschienen, „sein" TU-Institut vergibt jährlich an junge WissenschaftlerInnen den nach ihm benannten Preis, und das „Urban Forum" trägt ebenfalls seinen Namen.

Zu den Aktivitäten von Attac war Matzner schon zu Lebzeiten positiv eingestellt – und er wäre es heute noch viel mehr.

Zur Autorin: Dr. Gabriele Matzner-Holzer, Witwe Egon Matzners, Botschafterin a.D. und Autorin (u.a. von: „Egon Matzner – Querdenker für eine andere Welt; Ein politisches Vermächtnis", Czernin Verlag, 2011)




AUßER BETRIEB!
Neoliberal, reich und rechts? Bitte VIP-Eingang verwenden!